

# Wahlen und politisches Kräftespiel in Süd-Vietnam

Harald Boehmer

Zweimal wurden die Südvietnamesen 1971 zur Wahl aufgerufen: 7,09 Millionen Bewohner, um am 29. August die Abgeordneten des Unterhauses neu zu bestimmen, 7,2 Millionen Menschen, um am 3. Oktober Präsident Nguyen Van Thieu als einzigen Kandidaten in seinem Amt zu bestätigen. 1969 betrug die Bevölkerungszahl Süd-Vietnams nach Angaben der Vereinten Nationen 17,9 Millionen<sup>1</sup>.

78,5 Prozent der Wahlberechtigten haben nach den Verlautbarungen der Saigoner Regierung votiert, als es um die Zusammensetzung der 159köpfigen Ersten Kammer der Nationalversammlung ging<sup>2</sup>. Beides, die nicht rekordartige Wahlbeteiligung sowie die gebotene Chance, im Kreis der 1242 Kandidaten alternative Repräsentanten zu finden, ließen anfänglich das Resultat als halbwegs korrekt und fair erscheinen. Als jedoch oppositionelle Politiker auf Fälle von Wahlschwindel hinwiesen, und ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß feststellte, daß die Ergebnisse von zehn Provinzen – vor allem im Mekong-Delta – zugunsten der Regierung gefälscht worden waren, wandelte sich die Beurteilung im Inland wie im Ausland schlagartig. Dies wiederum führte dazu, daß die Präsidentschaftswahl – deren Charakter als „Ein-Mann-Rennen“ seit dem 23. August feststand – als zu erwartende Farce gewertet wurde.

Zunächst wurden für Thieus Wiederwahl 91,5 Prozent der Stimmen angeführt. Zwei Tage nach der Wahl, am 5. Oktober, gab das Saigoner Innenministerium bekannt, bei einer Wahlbeteiligung von 87,9 Prozent hätten sich 94,3 Prozent der Wähler aller vier südvietnamesischen Militär-Regionen und der in Kambodscha stationierten Truppen für die Verlängerung der Amtszeit des Staatspräsidenten ausgesprochen<sup>3</sup>. Vielerorts wurde daraufhin die Ansicht geäußert, Saigon könne nicht einmal den Wahlschwindel dimensionieren.

Es erhebt sich die Frage, ob angesichts jener Resultate eine Faustregel noch von Bestand ist, die besagt, daß die Ergebnisse allgemeiner Wahlen in Süd-Vietnam von der Einflußnahme der Regierungsstreitkräfte (Army of the Republic of Viet Nam, ARVN), amerikanischer Stellen und religiöser Gruppen gestaltet werden. Die Interessenverknüpfung, wie sie bei Buddhisten und progressiven Katholiken zu beobachten war, eine eindeutige Parteinahme seitens der ARVN-Generalität – beides

<sup>1</sup> Vietnam. Background to an International Problem. London: Central Office of Information, R. 5193/70, 1970, S. 1.

<sup>2</sup> The Lower House Election (August 29, 1971) in: Viet-Nam Info Series No. 45, Embassy of Viet-Nam, Washington, D.C. (o. Dat.), S. 13.

<sup>3</sup> Returns of the Presidential Election (3. 10. 1971), Trung Tam Tin Tuyen Cu, Saigon, News Release No. 66, 5. 10. 71.

geschah bereits Anfang 1971 — und schließlich das konsequente Beharren der US-Regierung auf unveränderten Machtverhältnissen in Saigon, sowohl hinsichtlich der Kandidaten-Aufstellung als auch während der Wahlkämpfe, machen zumindest deutlich, daß auch 1971 in Süd-Vietnam von dieser Faustregel nicht abgewichen wurde. Daß sich ein solchermaßen strukturiertes Kräftespiel nicht frei entfalten konnte, lag weniger an dem bestehenden Ungleichgewicht, sondern an dem Gesetz Nr. 9/71 vom 23. Juni 1971, in dem die Prozedur der Präsidentschaftswahl festgelegt wird. Das umstrittene Gesetz wurde mit der Zielsetzung konstruiert, die Kandidatur-Aussichten eines einflußreichen Politikers zu verbessern und damit die Position weiterer Bewerber zu erschweren. Es hatte unmittelbare Auswirkungen lediglich auf den Bewerbungsvorgang für die Präsidentschaftskandidatur; aber immerhin wurden die Wahlen zum Unterhaus vorwiegend im Zeichen der anstehenden Entscheidung über die Führung des höchsten Saigoner Staatsamtes ausgefochten. So konnte von vornherein allenfalls der Ausgang der Wahlen zur Ersten Kammer den Nachweis über das Vorhandensein einer Dritten Kraft liefern; eines Zentrums jener Gruppen, die sich zwischen der Regierung einerseits und der revolutionären Linken andererseits angesiedelt wissen.

## Die Rolle der ARVN

„Sich aus der Politik heraushalten“, erklärte während des Präsidentschaftswahlkampfes der Chef des Gemeinsamen ARVN-Generalstabes, Cao Van Vien, sei „die Pflicht der südvietnamesischen Armee“<sup>4</sup>. Jedoch bereits am Jahresbeginn 1971 hatten sich unmittelbar nach dem Kandidatur-Entscheid Thieu (16. Januar) etwa hundert Generale und andere höhere Offiziere in Vung Tau versammelt. In einem damals veröffentlichten Konferenzbeschluß hieß es verklausuliert, die Armeespitze werde dem Präsidenten und dem Vizepräsidenten (Nguyen Cao Ky) bei der Lösung all ihrer Amtsprobleme helfen<sup>5</sup>. Die erwähnte Bemerkung des Generals Cao Van Vien — sie ist auch in einem Geheimdienstbericht der USA enthalten — steht ohnehin im Widerspruch zur Realität. Seit dem Sturz des Präsidenten Ngo Dinh Diem (1. November 1963) hing das Schicksal jeder Saigoner Regierung vom Willen der ARVN-Führung ab. Bis zum 31. Oktober 1971, dem Tag, da Thieu in seine zweite Amtsperiode eingeführt wurde, hielten drei Generale die drei höchsten Staatsfunktionen besetzt: die Präsidentschaft, die Vizepräsidentschaft und die Leitung der Regierung. Seitdem ist ein Zivilist, der zweimalig glücklose Ministerpräsident Tran Van Huong, Stellvertreter Thieus.

Das Gewicht der Armee innerhalb des politischen Kräftespiels wurde von den drei aussichtsreichen Bewerbern um die südvietnamesische Präsidentschafts-Kandidatur gleichermaßen hoch veranschlagt. Am wenigsten Veranlassung, um die Stimmen der über eine Million Mann starken ARVN zu werben, hatte Präsident Thieu. Was Diem nie hätte gelingen können, verstand Thieu in jahrelanger Arbeit, vor allem auf Grund seiner Erfahrungen als Truppenkommandeur, zu verwirklichen. Er brachte die

<sup>4</sup> The New York Times, 3. 9. 1971.

<sup>5</sup> Vgl. Xay Dung, Saigon, 16. 1. 1971; zit. in: Agence Khmère de Presse (AKP), Phnom Penh, 17. 1. 1971.

Armeeführung unter seine Kontrolle. Die Befehlshaber in den vier Militärregionen sind Männer seines Vertrauens. Dem Präsidenten ergebene Oberste sind für die militärische Sicherheit verantwortlich und beherrschen den zentralen Nachrichtendienst in Saigon. Vor der Wahl vom 3. Oktober nahm Thieu — der im September zusätzlich Chef der Nationalen Polizei geworden war — in der Generalität dreißig Beförderungen vor, und zwang so in einer für ihn bedeutenden Phase der politischen Entwicklung die Gouverneure der 44 Provinzen (sämtlich Oberste) zum Wohlverhalten, wollten sie nicht ihre Karriereaussichten aufs Spiel setzen.

Ky dagegen, der nach seinem politischen Machtverlust (1967) auch in der Armee immer mehr von dem Einfluß verloren hatte, den er einmal als Vizeluftmarschall besaß, bemühte sich intensiv um die Stimmung in der ARVN. Nachdem er die mißglückte Laos-Invasion (Operation Lam Son 719) vom Februar 1971 kritisiert hatte und durch sein Plädoyer für eine Beendigung des Krieges durch Verhandlungen in den Ruf geraten war, eine „Tauben“ zu sein, mußte der Vizepräsident für Klarheit sorgen. Er konferierte mit General Cao Van Vien, suchte alle Korpskommandeure auf und umwarb auch Offiziere vom Oberst abwärts, jene Chargen also, die erfahrungsgemäß bei Umwälzungen eine entscheidende Rolle spielen können. Was schließlich den pensionierten General Duong Van (Big) Minh anbetrifft, so gilt dieser in der Armee noch als Kriegsheros und als beinahe legendärer Führer des Staatsstreichs gegen die Diem-Diktatur.

Unter den drei Bewerbern um die Präsidentschaftskandidatur war Thieu der einzige, der der ARVN eine unveränderte Rolle zumessen will, insofern, als er eine Koalition mit den Kommunisten seines Landes kategorisch ausschließt und den militärischen Kampf bis zum Sieg fordert<sup>6</sup>. Die Erreichung dieser Lösung wird sowohl von Ky als auch von Big Minh für ausgeschlossen gehalten. Unter diesem Aspekt verfehlte eine Mitteilung Dang Duc Khois — der ein führender Berater Kys ist — sechzig Prozent der ARVN stünden hinter dem Vizepräsidenten<sup>7</sup>, nicht die beabsichtigte politische Wirkung. Namentlich in den USA, wohin Khoi zur Erläuterung der Position des südvietnamesischen Vizepräsidenten Ende August 1971 gereist war, rief diese Äußerung Besorgnis hervor.

Das amerikanische Außenministerium hatte bereits am 24. August Gerüchte über einen bevorstehenden Armeeputsch in Saigon als „verständliche Spekulation“ bezeichnet<sup>8</sup>. Doch es bedurfte nur eines weiteren Schrittes, um die Staatsstreichserwartungen realistisch erscheinen zu lassen. Am 3. September erklärte Ky vor einigen ausländischen Journalisten, er werde mit militärischen Mitteln gegen Präsident Thieu vorgehen, falls die Wahl nicht verlegt würde, um auf diese Weise weiteren Kandidaten eine gerechte Chance zu bieten<sup>9</sup>. Ob der Vizepräsident aus Selbstüberschätzung diese Androhung machte, oder den Präsidentschaftskandidaten Thieu nur in Unruhe versetzen wollte, ist ungeklärt geblieben. Ky jedenfalls dementierte

<sup>6</sup> Vgl. hierzu u. a. Lien Danh Dan Chu, Saigon: Address of the Democracy Slate Nguyen Van Thieu — Tran Van Huong on the Nationwide Radio and Television Network, September 11, 1971; Second Address of the Democracy Slate on the Nationwide Radio Network, September 20, 1971; Last Speech of the Democracy Slate on the Nationwide Television Network, September 30, 1971.

<sup>7</sup> The Economist, London, 11. 9. 1971, S. 33.

<sup>8</sup> The Washington Post, 25. 8. 1971.

<sup>9</sup> Vgl. The New York Times, 4. 9. 1971; The Viet Nam Sunday Mirror, Saigon, 5. 9. 1971.

wenig später den Inhalt einschlägiger Berichte. Dennoch beharrte der Saigoner Korrespondent der New York Times am 5. September auf der Authentizität der Meldungen. Ky habe im Verlauf des Informationsgesprächs gesagt: „Ich werde Thieu und seine gesamte Clique vernichten . . . Wenn ich beschließe, das zu tun, werden mich weder Botschafter Bunker, noch die ganze amerikanische Regierung daran hindern können . . . 1967 und 1968 sagte ich Bunker, daß ich der einzige Mann in Vietnam sei, der einen Coup d'Etat unternehmen könnte . . . Es liegt an Thieu, die Konfrontation anzunehmen oder auszuschlagen. Er hat nur noch zwei Wochen Zeit; wenn er mit seiner Ein-Mann-Show fortfährt, errichtet er ein diktatorisches Regime, das niemand akzeptieren kann!“

In dieser Situation kamen die USA Präsident Thieu in zweierlei Hinsicht entgegen: am 16. September 1971 versprach Richard Nixon auf einer Pressekonferenz in Washington, die Hilfe für Saigon auch im Falle der zu erwartenden Ein-Mann-Wahl aufrechtzuerhalten; eine Woche später, am 23. September, warnten US-Stellen in Saigon die ARVN-Generalität offiziell vor einem Staatsstreich, der die sofortige Einstellung jeglicher Unterstützung nach sich ziehen würde<sup>10</sup>. Zu jener Zeit waren die amerikanischen Sicherheitsorgane im Besitz von Informationen, die besagten, daß sich die Generale nicht einhellig für die Allein-Kandidatur Thiens erwärmen konnten.

## Der Einfluß der USA

Als Vizepräsident Ky am 8. Dezember 1970 nach einem 17tägigen USA-Besuch in Saigon wieder eintraf, brachte er die Zusicherungen Nixons und des amerikanischen Außenministers William P. Rogers mit, die US-Behörden würden sich nicht in die Wahlen des bevorstehenden Jahres einmischen<sup>11</sup>. Daß sich die Regierung Nixon schließlich doch in bezug auf die Wahlen in einer widersprüchlichen Position befand, lag nicht so sehr an der oftmals in Saigon zu registrierenden Uneinheitlichkeit in der Vorgehensweise der amerikanischen Botschaft, des Geheimdienstes (CIA) und des militärischen Oberkommandos (MACV). Tatsächlich entstand das Dilemma, weil mit der von Verteidigungsminister Melvin R. Laird konzipierten Vietnamisierung Thieu aufgebaut wurde, die USA jedoch nach dem Prinzip der Selbstbestimmung (für das sie vorgeblich in Vietnam Krieg führen) verpflichtet gewesen wären, die Opposition gegen die herrschende Saigoner Regierung zu ermutigen.

Im Februar 1971 wurden erste Fälle von amerikanischer Einmischung in der Zeit des Vorwahlstadiums bekannt. Die Pazifizierungsteams aller südvietnamesischen Provinzen befragten Bewohner beispielsweise folgendermaßen: „Welche drei dieser Personen werden wahrscheinlich für die Wahlen im September (der genaue Termin stand seinerzeit noch nicht fest) kandidieren?“ „Wie sollte der im nächsten September gewählte Kandidat beschaffen sein?“ „Welche Frage gibt für Sie den Ausschlag, wenn Sie sich für den Mann Ihrer Wahl entscheiden?“<sup>12</sup> Diese drei Fragen wurden, ins Englische übersetzt, einem Erhebungsbogen mit 22 Fragen entnom-

<sup>10</sup> The Viet Nam Guardian, Saigon, 24. 9. 1971.

<sup>11</sup> Saigon Post, 9. 12. 1970.

<sup>12</sup> The New York Times, 2. 2. 1971.

men. Von der Pazifizierungsbehörde (Civil Operations and Rural Development Support, CORDS) ausgewertet, wurden die Umfrageergebnisse in der Regel über Botschafter William Colby an Präsident Thieu weitergeleitet<sup>13</sup>. Ein anderes Beispiel: Im April warf Senator Frank Church dem amerikanischen Informationsamt (United States Information Agency, USIA) vor, sie „verkaufe der südvinamesischen Bevölkerung die gegenwärtige Saigoner Regierung wie ein Stück Seife“, und forderte Nixon auf, für strikte Neutralität der US-Stellen im Wahljahr zu sorgen<sup>14</sup>.

Mindestens neun Namen amerikanischer Politiker und Diplomaten wurden im Zusammenhang mit den südvinamesischen Wahlen mehr oder weniger häufig genannt. Die zentrale Figur war naturgemäß der US-Botschafter in Saigon, Ellsworth Bunker. Seine Aufgabe bestand darin, der Kandidatur Thieus die für notwendig erachtete amerikanische Unterstützung zu leihen, andererseits nach außen hin sichtbar zu machen, die USA wünschten ein wirklich demokratisches Wahlrennen, mithin zwischen mehreren Kandidaten. Als jedoch am 5. August der Oberste Gerichtshof in Saigon die Kandidatur Kys abwies, und es zu erwarten war, Big Minh könnte seine Kandidatur zurückziehen, geriet Bunker in eine schwierige Situation. Er flog am 8. August für elf Tage in die USA, wo er mit Präsident Nixon über die Saigoner Wahlprobleme konferierte. Nach seiner Rückkehr in die südvinamesische Hauptstadt stattete er entweder Thieu oder Ky beziehungsweise Minh tägliche Besuche ab<sup>15</sup>. Am 20. August jedoch verzichtete Big Minh auf die Präsidentschaftskandidatur, weil, wie er erklärte, die Regierung die Wahl manipulieren werde. Aus seiner Umgebung verlautete später, Bunker habe dem Kandidaten finanzielle Unterstützung für den Wahlkampf angeboten, dieses Ansinnen sei der Hauptgrund für den Rückzug Minhs aus dem Wahlkampf gewesen<sup>16</sup>. Minh hatte bereits am 15. Juli schwere Vorwürfe gegen Bunker erhoben und behauptet, die USA wünschten, daß er sich als Kandidat stelle, zugleich aber, daß er in der Wahl geschlagen werde, vor allem solle der Anschein einer demokratischen Abstimmung gewahrt werden. „Bunker“, so sagte Minh wörtlich, „ist ein großer Spezialist für Wahlen dieser Art. Er war erfolgreich in der Dominikanischen Republik (1965); 1967 war er in (Süd-)Vietnam erfolgreich und er wird von neuem im Oktober erfolgreich sein“<sup>17</sup>.

Hinsichtlich Kys hatte der Saigoner US-Botschafter in ähnlicher Weise interveniert, und zwar bereits, als es feststand, daß der Vizepräsident nur mit Mühe eine ausreichende Unterstützung seiner Kandidatur nachweisen konnte, und erneut, nachdem der Oberste Gerichtshof die Zulassung zur Wahl verweigert hatte. Am 21. August erklärte das Gericht jene 39 Unterschriften von Provinzräten für gültig, die dasselbe Tribunal am 5. August zurückgewiesen hatte, weil die Namen bereits auf der Liste zur Unterstützung Thieus erschienen waren; Ky besaß plötzlich wieder eine Stimme mehr als die erforderlichen hundert<sup>18</sup>. (Berichten zufolge hielt sich Bunker, bevor die Revision des Gerichtsspruchs bekannt gegeben wurde, zu einer längeren Unterredung bei Ky auf.) Die amerikanischen Bemühungen um die Auf-

<sup>13</sup> Vgl. ebenda.

<sup>14</sup> The Washington Post, 25.–26. 4. 1971.

<sup>15</sup> Vgl. U.S. News & World Report, 6. 9. 1971.

<sup>16</sup> Vgl. The Washington Post, 3. 9. 1971.

<sup>17</sup> Le Monde, 17. 7. 1971.

<sup>18</sup> Vgl. Issues in Vietnam's Presidential Election, October 3, 1971; in: Vietnam Report X, Embassy of Viet-Nam, Washington D.C. (o. Dat.), S. 3 f.

rechterhaltung mehrerer Präsidentschaftskandidaturen scheiterten endgültig am 23. August, als der Vizepräsident es ablehnte, sich zur Wahl zu stellen und stattdessen Thieu vorschlug, mit ihm gemeinsam zurückzutreten, den Senatspräsidenten zum interimistischen Staatsoberhaupt zu ernennen, und die Wahl, organisiert von einer Übergangsregierung, innerhalb von 60 Tagen stattfinden zu lassen. In den USA selbst kam zum Teil heftige Kritik an Botschafter Bunker auf; am 1. Oktober nannten 130 Abgeordnete und Senatoren des amerikanischen Kongresses in einer Entschließung das Thieu-Referendum eine „Verhöhnung der amerikanischen Opfer, die für die Erringung der Selbstbestimmung“ in Süd-Vietnam erbracht worden seien<sup>19</sup>.

Zu den weiteren amerikanischen Politikern und Diplomaten, die vor oder nach den südvietnamesischen Wahlen des Jahres 1971 die Entwicklung in Saigon zu beeinflussen suchten, gehörten der Sicherheitsbeauftragte Präsident Nixons, Henry A. Kissinger, der Anfang Juli auf seiner Asien-Reise in der südvietnamesischen Hauptstadt Station machte, mit Thieu konferierte und sich von den oppositionellen Bewerbern um die Präsidentschaftskandidatur Minh und Ky informieren ließ; der stellvertretende Unterstaatssekretär für Ostasiatische und Pazifische Angelegenheiten, William Sullivan, der den bereits erwähnten Emissär Kys, Dang Duc Khoi, Anfang September in Washington empfing und sich zwei Wochen darauf von dem Ex-Senator und neugewählten Abgeordneten Tran Van Don dessen Oppositionsprogramm erklären ließ. Ferner reiste Mitte September ein erklärter Gegner des amerikanischen Vietnam-Engagements nach Saigon: der demokratische Senator George McGovern. Während seines Aufenthalts nahm er zu oppositionellen Kräften Kontakt auf, hatte auch eine Begegnung mit Thieu und wandte sich gegen militärische Hilfe für das Saigoner Regime, das nicht das Volk repräsentiere. Drei Wochen vor der Präsidentschaftswahl entsandte das Weiße Haus den Stellvertreter Kissingers, Brigadegeneral Alexander Haig, in die südvietnamesische Hauptstadt, um, wie es hieß, Ky davon zu überzeugen, daß Washington trotz der Ein-Mann-Wahl Präsident Thieu nicht die Unterstützung entziehen werde<sup>20</sup>. Auch spielten eine nicht unwesentliche Rolle der bereits genannte, für die Pazifizierung verantwortliche Botschafter William Colby sowie Bunkers Stellvertreter, Samuel Berger. Nach dem 3. Oktober entsandte der amerikanische Präsident zwei Beauftragte: den Gouverneur von Kalifornien Ronald Reagan, der ein Glückwunschsreiben Nixons überbrachte und dem es vorbehalten blieb, den Sieg Thieus mit dem George Washingtons zu vergleichen, der, ebenfalls ohne Gegenkandidatur, erster Präsident der USA wurde<sup>21</sup>; und schließlich Finanzminister John B. Conally, der am 31. Oktober an den Inaugurationsfeierlichkeiten für Thieu teilnahm und anschließend Gespräche über weitere Wirtschaftshilfe führte.

### **Religiöse Gruppen, andere Oppositionelle**

Wie stark der dritte, in der Erfahrungsregel südvietnamesischer Wahlen enthaltene Faktor — nämlich die Einflußmöglichkeiten der religiösen Zusammenschlüsse und Sekten — 1971 wiederum bewertet wurde, geht aus zweierlei hervor:

<sup>19</sup> International Herald Tribune, Paris, 2. 10. 1971.

<sup>20</sup> Vgl. The Washington Post, 24. 9. 1971.

<sup>21</sup> Vgl. The New York Times, 15. 10. 1971.

1. Sehr früh, bereits Anfang Januar, stellten die regierungsfeindlichen Buddhisten der An Quang-Pagode Überlegungen zur Präsidentschaftswahl an und sprachen sich deutlich für eine Kandidatur Big Minhs aus. Zur gleichen Zeit fand eine aufsehenerregende Annäherung von progressiven Süd-Katholiken und jenen militanten Buddhisten statt<sup>22</sup>.
2. Die Bewerber um die Präsidentschafts-Kandidatur bestimmten ihre Wahlgefährten nach konfessionellen Gesichtspunkten: der Buddhist Duong Van Minh den Katholiken und (bis zum Oktober 1971) Ersten Vizepräsidenten des Unterhauses Ho Van Minh; der Buddhist Nguyen Cao Ky den Katholiken Truong Vin Le; der Katholik Nguyen Van Thieu den Buddhisten Tran Van Huong; schließlich der katholische Ex-Minister (unter Diem) Nguyen Tran das prominente Mitglied der Sekte Hoa Hao, Nguyen Tan Chuc<sup>23</sup>.

Bei den Unterhauswahlen vom 29. August 1971 gelangten über die An Quang-Liste 24 Abgeordnete ins Parlament; damit wiederholten die Anhänger der Buddhisten den bei den Senats-Ergänzungswahlen vom 30. August 1970 mit der Liste „Lotus-Blüte“ errungenen Erfolg. Über das Abstimmungsverhalten der etwa 1,7 Millionen Katholiken, von denen fast ein Drittel aus dem Norden Vietnams stammt und weitgehend anti-kommunistisch eingestellt sind, läßt sich Präzises nicht angeben. Offenbar war die vom Saigoner Erzbischof Nguyen Van Dinh tolerierte Zusammenarbeit von Süd-Katholiken und der Vereinigten Buddhistischen Kirche noch von zu geringer Dauer. Ebensowenig kamen die Sekten Hoa Hao (eine bis zwei Millionen Anhänger) und Cao Dai (eine Million) weder untereinander noch mit den beiden Kirchen zu einer auf die Wahlen zielenden Kooperation.

Vor der Unterhauswahl, bei der die Anhänger der Regierung die Zwei-Drittel-Mehrheit erstmals um 15 Mandate verfehlen sollten, hatte sich bereits ein erstaunlich breites Bündnis zwischen Anti-Thieu-Parlamentariern und der „außerparlamentarischen Opposition“ gebildet, in dessen Rahmen sich auch verschiedene religiöse Gruppen engagierten. Die weitverzweigte Opposition rief Aktionskomitees und zahlreiche andere Organisationen ins Leben. Von den Anhängern der „Pagode“ wurde das „Aktionskomitee des Volkes für Demokratie und Frieden“ gebildet, während sich die Gefolgsleute Kys im „Koordinierungs-Komitee des Volkes gegen die Diktatur“ zusammenschlossen. Mit den Aktionen dieses Komitees verbanden sich häufig die Protest-Demonstrationen der unruhig gewordenen „Vereinigung kriegsversehrter Veteranen“, der „Frauenvereinigung für das Recht auf Leben“ und nicht minder der zunehmend anti-amerikanisch agitierenden „Allgemeinen Studenten-Assoziation“. Vorsichtig geschätzt haben – ohne einzelne Parteien zu berücksichtigen – an der Anti-Regierungskampagne vor der Unterhauswahl bis zum Thieu-Referendum etwa 16 organisierte Gruppen teilgenommen<sup>24</sup>.

<sup>22</sup> Siehe hierzu: Boehmer, H., Süd-Vietnam – Weichenstellung vor der Präsidentschaftswahl. Deutsche Welle, Köln, Dokumentation 43/71, 2. 3. 1971, S. 3 f.

<sup>23</sup> Die Liste Nguyen Tran – Nguyen Tan Chuc konnte vor dem Obersten Gerichtshof keine Unterstützung nachweisen.

<sup>24</sup> Zu diesen Gruppen zählen: die „Volksbewegung gegen betrügerische Wahlen“ (Präsident: Tran Ngoc Lieng, ein Anhänger Minhs); das „Volkskomitee zur Überwachung der Wahlen“ (unterstützt von sieben Parteien); die „Legislative Kommission gegen Wahlbetrug“ (Leiter: der buddhistische Senator Vu Van Mau); diese wiederum arbeiteten in ihrer Kampagne eng zusammen mit: der „Protest-Bewegung gegen den Krieg und die

## Schlußbemerkung

Die nicht-kommunistische Opposition Süd-Vietnams ist weit von einer Einigung entfernt. Ihr fehlt das gemeinsame Programm und eine koordinierte Führung. Big Minh und Ky, die beide ein detailliertes Programm nicht auszuarbeiten brauchten, da sie gar nicht erst in den Wahlkampf eintraten, sind sich außer in ihrer gemeinsamen Thieu-Gegnerschaft und ihrem Anti-Kommunismus uneinig und schieden daher als Führer der Oppositionsbewegung aus. Sie erhielten zwar eine Zeitlang Zustimmung, weil sie auf Wahlbetrug und Machtschikanen Thieus und die Willkür des Obersten Gerichtshofs aufmerksam machten. So unterschiedlich, wie die religiösen Gruppen angesichts der Präsidentschaftswahl reagierten — nur die An Quang-Buddhisten und die Theravada-Sekte riefen zu ihrem Boykott auf — so rissig und in Fraktionen zersplittert bietet sich das Bild der politischen Parteien und Gruppierungen Süd-Vietnams dar. Weder die „Arbeiter- und Bauernpartei“ des Gewerkschaftsvorsitzenden Tran Quoc Buu, die nur sieben Monate nach ihrer Gründung 13 Abgeordnete ins Parlament entsandte, noch die „Front für die Nationale Rettung“ des Abgeordneten Tran Van Don haben es vermocht, die Dritte Kraft zu etablieren. Der einflußreiche Vietnamesische Gewerkschaftsbund (CTV) verhält sich traditionell regierungsfreundlich; von der Organisation Tran Van Dons distanzieren sich bereits im Oktober die militanten Buddhisten und machten auf diese Weise den Prozeß der De-Solidarisierung im Lager der Opposition sichtbar<sup>25</sup>.

Generalmobilmachung“ (Studenten und junge Arbeiter); der „Front für die Nationale Rettung“ (pro-neutralistisch, Präsident: Tran Van Don); der „Allgemeinen Studenten-Assoziation“ (AGE), den buddhistischen und katholischen Studentenvereinigungen; der „Katholischen Bewegung für den Frieden“; der Gruppe „Kraft der Nationalen Solidarität“ (katholisch) und der buddhistischen Theravada-Sekte, deren Bonze Kim Sang die Vietnamesen mit Khmer-Abstammung zum Wahlboykott aufrief.

<sup>25</sup> Der Buddhistenführer Tri Quang nannte die Oppositionsrolle Tran Van Dons während dessen USA-Aufenthalt „rein taktisch und formell“ (Le Monde, 23. 10. 1971).